
DAKS-Kleinwaffen-Newsletter

Informationen des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen – Ausgabe 3/2020
Nr. 174

Aktiv werden für den Frieden in Zeiten von Corona-Quarantäne

Was tun? Unter diesem Titel veröffentlichte Lenin im Jahr 1902 ein Buch, mit dem er den Anspruch der Partei, als Avantgarde des Proletariats zu gelten und die gesamte Arbeiterklasse zu vertreten, begründen wollte. Heute, also in Zeiten von Corona-bedingten Ausgangsbeschränkungen, stellt sich die Frage neu. Die Antworten sehen jedoch ganz anders aus: Während für Lenin alle Zeichen auf Kampf hinwiesen, gilt heute der Rückzug ins rein Private als das einzig erlaubte Mittel. Ein Mittelweg könnte jedoch darin bestehen, von zu Hause aus politisch aktiv zu bleiben. Selbst wenn dadurch das Private noch nicht politisch werden sollte, kann sich dadurch zumindest die gefühlte Realität verändern. Dankenswerterweise ermöglicht die ARD am kommenden Mittwoch, den 1. April 2020, mit einfachsten Mitteln eine solche Form der Partizipation zu üben – Fernseher einschalten genügt und schon kann man am [ARD-Themenabend](#) über Waffenhandel teilnehmen:

Ab 20.15 Uhr: der Spielfilm „*Meister des Todes 2*“ von Daniel Harrich und mit Veronica Ferres, Katharina Wackernagel und Heiner Lauterbach.

Ab 21.45 Uhr (also direkt im Anschluss): „*Tödliche Exporte 2*“ ein Dokumentarfilm von Daniel Harrich über die realen Hintergründe des Films.

Porträtiert wird in beiden Sendungen Heckler & Koch und seine problematischen Geschäftsbeziehungen mit Mexiko. Bereits im Vorfeld des Themenabends hat sich der Kleinwaffenhersteller zu Wort gemeldet und betont: „Heckler & Koch liefert seine Produkte nur an freiheitlich-demokratisch verfasste Staaten und an Länder, die nach den Vorgaben der Bundesregierung von besonderer außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für Deutschland sind.“ So zitiert zumindest der [Schwarzwälder Bote](#) den Vorstandsvorsitzenden von Heckler & Koch, Jens Bodo Koch.

Vielleicht ermöglicht der ARD-Themenabend es ja auch, gerade solche Aussagen besser einordnen zu können.

Selbstverständlich wird es in den folgenden Wochen die Möglichkeit geben, über die ARD-Mediathek die Sendungen noch einmal anschauen zu können. Für all diejenigen, denen Fernsehen auch heute noch zu dekadent ist, besteht die Möglichkeit, in entsprechender Weise einen ARD-Podcast zu folgen. Unter dem Titel „[mal angenommen](#)“ stellen sich Sophie von der Tann und Marcel Heberlein die Frage, was geschehen würde, wenn Deutschland keine Waffen mehr exportieren würde. Die Antwort, die sie geben – wird hier und jetzt natürlich nicht verraten, denn sonst fehlt ja alle Spannung.

Leider ist „Information“ kein Selbstzweck und deshalb steht die Frage „Was tun?“ letztlich immer noch im Raum – so bleibt nur darauf zu hoffen, dass die Corona-Katastrophe auch positive Energien freizusetzen vermag. Ein erster Schritt auf diesem Weg wurde am 25./26. März 2020 mit einem Digitalen Aktionstag über den Krieg im Jemen getan. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, die frei gewordene Zeit zu nutzen, um eigene kreative Aktionsformen zu entwickeln. Der DAKS-Newsletter nimmt gerne Hinweise und Vorschläge für solche neuen Formen entgegen!

Digitaler Aktionstag: War in Yemen – Made in Europe

Presseerklärung von Aktion Aufschrei! – Stoppt den Waffenhandel!

Online-Protestaktionen zum Gedenken an den „vergessenen Krieg“ im Jemen

Kritik an Waffenexporten aus Europa für saudisch geführte Koalition

Weiterhin halbherziger Exportstopp Deutschlands gegenüber Saudi-Arabien

In der Nacht zum 26. März 2015 begann die von Saudi-Arabien angeführte Militäroffensive im Jemen. Seitdem herrscht am Golf von Aden ein blutiger Krieg – mit Folgen, die von den Vereinten Nationen als „schlimmste menschengemachte humanitäre Katastrophe“ bezeichnet werden. Fünf Jahre nach Kriegsbeginn ruft ein breites NGO-Bündnis aus zehn europäischen Ländern zu einem digitalen Protesttag auf. Die NGOs kritisieren den europäischen Beitrag zum Leid der Menschen im Jemen. Sie setzen sich für ein EU-weites Verbot von Waffenexporten an alle Mitglieder der von Saudi-Arabien geführten Koalition ein.

Seit Beginn des Krieges sind mindestens 12.000 Zivilist*innen ums Leben gekommen, mehr als 8.000 davon durch Luftangriffe der Koalition.^[1] 24 Millionen Menschen sind aufgrund des Krieges auf humanitäre Hilfe angewiesen. Europäische Staaten tragen eine schwere Mitverantwortung: Allein zwischen 2015 und 2018 sind Waffenexporte mit einem Gesamtwert von schätzungsweise über 40 Milliarden Euro aus Europa für die von Saudi-Arabien geführte Koalition bestimmt gewesen. Allein Deutschland genehmigte bis heute Rüstungsexporte im Wert von über 6,3 Mrd. Euro.

Nachdem die ursprünglich geplanten Protestaktionen wegen der notwendigen Anti-Coronavirus-Maßnahmen abgesagt werden mussten, rufen die Organisationen nun zu breiten Online-Protesten auf. Menschen in ganz Europa werden aufgerufen, Fotos von sich mit Forderungen wie „Keine Unterstützung der von Saudi-Arabien angeführten Koalition!“ oder „Stoppt die Waffenexporte in den Jemen-Krieg!“ zu machen und die Selfies mit gemeinsamen Hashtags und Infografiken in den sozialen Medien zu teilen.

Zahlreiche Staaten haben in den letzten zwei Jahren ihre Waffenexporte an Kriegsparteien wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate eingeschränkt. Dies geschah teilweise nur auf gerichtliche Anordnung und oft bestehen noch Schlupflöcher. Darüber hinaus setzen sich Rüstungsunternehmen und einzelne Regierungen immer stärker für eine baldige Aufhebung bestehender nationaler Beschränkungen ein, obwohl der Krieg nichts von seiner Brutalität verloren hat.

Barbara Happe, Rüstungs-Campaignerin bei urgewald, fordert: „Die Corona-Pandemie hat viele Länder Europas in eine tiefe wirtschaftliche und menschliche Krise gestürzt, die mit historischen Maßnahmen bekämpft wird. Eine solche Entschlossenheit der europäischen Politik brauchen wir auch bei dem bereits seit 5 Jahren laufenden Krieg im Jemen. Die Regierungen müssen endlich einen Exportstopp ohne Schlupflöcher verhängen. Die deutsche Regierung muss sich auf EU-Ebene für solch ein Verbot einsetzen. Europa darf sich nicht länger am Töten im Jemen beteiligen.“

Charlotte Kehne, Referentin für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben und Sprecherin der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ fordert: „Die Bundesregierung hat jüngst den Exportstopp gegenüber Saudi-Arabien um neun Monate verlängert. Auch wenn wir das begrüßen, geht dieser Schritt nicht weit genug. Der Exportstopp ist weiterhin nur auf Saudi-Arabien begrenzt und ermöglicht Ausnahmen für Komponentenlieferungen im Rahmen europäischer Gemeinschaftsprojekte. Die Regierung muss endlich ein umfassendes Rüstungsexportverbot – ohne jede Hintertür – gegenüber allen Mitgliedern der von Saudi-Arabien angeführten Koalition verhängen.“

Alle Details zum Online-Protest:

<https://www.aufschrei-waffenhandel.de/mitmachen/aktuelle-aktionen/#c11772>

und

<https://urgewald.org/Jemen>

SIPRI: neue Zahlen über den weltweiten Waffenhandel

Ein besorgniserregendes Wachstum des weltweiten Rüstungsmarktes dokumentiert das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), das bereits am 9. März 2020 seine [SIPRI Arms Transfers Database](#) mit den Zahlen für das Jahr 2019 aktualisiert hat. Damit ist nun klar, dass die USA in den Jahren von 2015 bis 2019 ihren Weltmarktanteil am globalen Waffenmarkt weiter erhöht haben. Heute sind die USA für 36% aller Waffenexporte verantwortlich, während sie im Zeitraum 2010 bis 2014 nur einen Anteil von rund 13% für sich verbuchen konnten. Ein Plus von nicht weniger als 76%.

Diese Wachstumsrate ist dramatisch und entfaltet ihre Sprengkraft erst recht, wenn man in Rechnung stellt, dass die Hälfte aller US-Waffenexporte in den vergangenen Jahren in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens gingen. Dies macht die Exporte so problematisch und das insbesondere auch im direkten Vergleich mit den europäischen Konkurrenten der US-Rüstungsindustrie. So konnte z. B. auch Frankreich seinen Weltmarktanteil in den letzten Jahren um nicht weniger als 73% erhöhen, so dass französische Unternehmen heute einen Weltmarktanteil von rund 7,9 % verbuchen können – mehr als jemals zuvor, seit Beginn der Datenerhebung im Jahr 1990. Diese Steigerung mag vor allem auf Exporte von Rafale-Kampfflugzeugen nach Indien, Qatar und Ägypten zurückzuführen sein, gleichzeitig ist damit aber auch klar, weshalb Frankreich im Aachener Vertrag von 2019 so großen Wert darauf legte, dass Deutschland und Frankreich künftig eine gemeinsame Kultur der Rüstungskontrolle entwickeln sollen. Im Vergleich zu den USA und Frankreich mag die Situation der deutschen Rüstungsindustrie fast bescheiden erscheinen, da Deutschland seine Rüstungsexporte „nur“ um 17% erhöhen konnte und heute auf einen Weltmarktanteil von 5,8% gelangt. Im Ranking der größten Rüstungsexporteure kommt Deutschland damit aber immer noch auf den 4. Platz.

Hessische Polizei mit neuen Gewehren von Heckler & Koch ausgerüstet

Waffenfans diskutieren ja gern über neu von Polizei und Militär erworbene Schusswaffen und Ähnliches. So auch beim HKG38. Die Frage ist, zu welchem Zweck und mit welcher Ausrichtung man diskutiert. Mit 2000 Exemplaren dieses Gewehrtyps von Heckler & Koch soll nach Aussagen von [Strategie und Technik](#) und von [Europäische Sicherheit und Technik](#) die hessische Polizei ausgerüstet werden (Autor: Jan-Phillipp Weisswange). Beim G38 handelt es sich um eine HK416-Waffe, also im Kaliber 5,56mm x 45 NATO. Diese Gewehr wird als „Mitteldistanzwaffe“ bezeichnet, d. h. es geht – einem Bericht von *Strategie und Technik* aus dem Jahr [2018](#) zufolge – (vereinfacht gesagt) um „kompakte Langwaffen im Gewehrkaliber, welche [...] gegen militärisch agierende und ausgerüstete, womöglich ballistisch geschützte Gewalttäter auf mittlere Distanzen (bis 100 Meter)“ eingesetzt werden sollen. Es gehe um die „Herstellung polizeitaktisch erforderlicher Waffenüberlegenheit“, sprich die Beamten sollen stärker schießen können als der womöglich kriegsmäßig bewaffnete Gegner / Feind. Dazu soll die Polizei zukünftig fähig sein, wenn dies mal benötigt wird. Nun ist die Erhöhung polizeilicher Kampf- und Schusskraft ja immer ein zweischneidiges Schwert, wenn nicht gar Schlimmeres. Sicher, wenn nötig soll die Polizei das Gewaltmonopol auch durchsetzen und Gefahren für das Leben der BürgerInnen abwenden können. In heutigen Zeiten braucht es eben moderne und überlegene Waffen für den Staat, könnte man sagen. Weisswange nennt es „das Konzept des ‚Streifengewehrs‘“, analog zu militärischen Polizei-Waffen etwa in den USA. Doch in Deutschland gibt es nicht einmal unabhängige Ermittlungsstellen, wie [Panorama](#) thematisiert hatte, die bei Klagen über ungerechtfertigte Polizeigewalt aktiv werden können.

Die Fragen, die wir diskutieren sollten, sind zum Beispiel: Wollen wir eine Polizei, die zusätzlich zu Pistolen, Maschinenpistolen (MP5 und MP7) und Scharfschützengewehren mit einem soldatischen Gewehr ausgerüstet ist? Ist Aufrüstung der Weg, den die Gesellschaft (auch angesichts eventuell drohender Attentate) gehen sollte? Ist Kriegsvorbereitung „für die Innenstadt“ richtig? Für [Marc Roth](#) (Waffen-Manager bei Heckler & Koch und einer der Wegbereiter der MP7) ist klar: „Eine Ausstattung regulärer Polizeikräfte mit Gewehren in den Kalibern 5.56mm und 7.62mm NATO erscheint daher zwecks Herstellung der ‚Waffengleichheit‘ alternativlos.“ Und er ergänzt: „Ballistische Überlegenheit kann letztlich jedoch nur mit kurzläufigen Gewehren wie dem G27k im Kaliber 7.62mm NATO herbeigeführt werden“ – und mit dem G27 sind wir dann wieder einmal beim [HK417](#)-Gewehr (im „alten“ G3-Kaliber),

das auch die Bundeswehr aktuell nutzt. Das ist natürlich Werbung für die eigene Firma, und sie kommt bei Politik und Polizei leider gut an. Aber will das die Bevölkerung? Hessen ordert die G38 anscheinend als Variante [ohne Dauerfeuer](#), doch bleibt das so und wie groß ist die (waffen-)politische Wirkung dieser Beschaffung auf andere Polizeien?

Leserbrief zur Politik von Viktor Orbán und der ausbleibenden Reaktion der EU

Der folgende Leserbrief bezieht sich auf den Artikel „Orban greift zu diktatorischen Machtmitteln – zu Recht ist von einem Staatsstreich die Rede“ von Ulrich Krögel, der am 25. März 2020 von der [Badischen Zeitung](#) veröffentlicht wurde. Die Verfasser*innen merken an: „Die heutigen Meldungen über den Einsatz der Bundeswehr im Innern verheißen nichts Gutes. Rechtsbruch scheint kein Tabu mehr zu sein.“

„Wohin treibt die Bundesrepublik?“ betitelt der Philosoph Karl Jaspers sein 1966 herausgegebenes Buch. Wir fragen uns mit Sorge, wohin treibt die EU? Angesichts der Erosionsprozesse parlamentarischer Demokratien in Ungarn und Polen ist äußerste Wachsamkeit geboten. Orban schickt das Parlament mit Zustimmung seiner Parlamentsmehrheit in Zwangspause. Das hat Parallelen mit dem Ermächtigungsgesetz Hitlers von 1933. Orbans Plan geht scheinbar auf, Ungarn künftig mit Dekreten zu regieren. Alle Entscheidungen werden von nationalistischen Kräften im Parlament nach ihm ausgerichtet. Die EU und ihre Kommissionpräsidentin schweigen zu all dem, wie Herr Krögel feststellt. Wird die ungarische Herrschaftspolitik à la Orban zur Blaupause für andere EU-Länder? Rechtskonservative, nationalistische, demokratieverachtende Kräfte sind auf dem Vormarsch. Können einige wankende Regierungen in der EU diesem Druck widerstehen, sich dem Trend nach rechts anzupassen? Vor dem Hintergrund der Coronakrise werden Einschränkungen sozialer und demokratischer Rechte schon zum Testfall. Warum nicht auch in der Zukunft? Sich einübende Despoten wie Orban posieren gerne mit nationaler Größe und militärischer Machtdemonstration. Jüngst wurde dem Natoland Ungarn der größte Waffenexport seitens Deutschlands zuteil. Ist uns die Türkei noch nicht Warnung genug, was unter diktatorischen Verhältnissen mit Waffen angerichtet wird? Unterdrückung nach innen und militärisch gestützte Expansionspolitik nach außen sind die Folgen. Wann schlagen in der EU die Alarmglocken gegen die Gefährdung parlamentarischer Demokratien? Hoffentlich nicht erst, wenn es zu spät ist.

Silke und Max Heinke, Freiburg

„Valentin“: Comic über NS-Verbrechen in Bremen erscheint in zweiter Auflage

Heike Oldenburg (Bremen) sei für den Hinweis auf ein [Interview](#) gedankt, das Felix Wendler für den Bremer Weserkurier mit Jens Genehr geführt hat. Genehr (Jahrgang 1990) gibt ehrenamtlich Führungen am Denkort Bunker Valentin in Farge und ist Comic-Autor, eben auch von dem Comic „Valentin“, der von den grausamen NS-Verbrechen auf der Baustelle dieses U-Boot-Bunkers in Bremen-Farge erzählt (Heike Oldenburg hatte diesen Comic im [DAKS-Newsletter 10/2019](#) besprochen). Mehr als 1000 Zwangsarbeiter*innen aus ganz Europa starben hier. Nun gibt es von dem Buch eine zweite Auflage (weitere Informationen zum Comic finden sich beim Verlag [The Golden Press](#)).

Unter der Überschrift „Ein KZ-Besuch verändert kein Weltbild“ sprechen Genehr und Wendler darüber, wie sich Geschichte in fiktionalen Werken grafischer Literatur erzählen lässt und wie die vorangehenden Recherchen aussahen. Der Autor geht auch auf seine Arbeit in antifaschistischen Gruppen ein, die ihn schließlich auch zum Bunker Valentin und der Aufgabe, dort Führungen zu machen, brachte. Er sieht das Konzept dieser Gedenkstätte als unterschiedlich an, denn dort gehe es „eben nicht um Gedenkrituale, sondern um ein Denken über die Sache. Um die aktive Auseinandersetzung mit dem Thema“. Den „ritualisierten Gedenkveranstaltungen“ (gemeint sind etwa Kranzniederlegungen vom Außenminister zu Jahrestagen) spricht er nicht ihre Berechtigung ab, „die können sicherlich sehr heilsam sein“. Doch er mahnt: „Aber sie helfen nicht gegen Faschismus und Rechtsextremismus.“ Genehr sagt zur aktuellen Debatte nach den Morden von Hanau, dass „die Kontinuität vom rechtsextremen Terror in Deutsch-

land“ sich nicht leugnen lasse. Interessanter Gedanke hier: „Was sich gerade ändert, ist die Art, wie man diese Themen wahrnimmt. Jetzt hinterfragen viele Leute ihre Illusion der aufgearbeiteten Geschichte und davon, dass das Credo ‚Nie wieder‘ einhaltbar wäre. Ob diese Erkenntnis langfristig wirkt, wird man wohl erst in zwei oder drei Jahren beurteilen können.“

Besten Dank an Felix Wendler und Jens Genehr für ein lesenswertes Interview und ein ergreifendes und wichtiges Stück Bildgeschichte!

Impressum & Kontakt

DAKS-Koordination
c/o RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.)
Postfach 5261, 79019 Freiburg

Tel. 0761-7678088
E-Mail: daks-news@rib-ev.de
Web: http://www.rib-ev.de/?page_id=206

Hinweis: DAKS und die Sponsoren des Newsletters übernehmen für die Inhalte und die Sicherheit der in diesem Newsletter aufgeführten Internetadressen keinerlei Haftung.
Verantwortlich i.S.d.P.: Fabian Sieber

Förderer des Kleinwaffen-Newsletters sind das [Friedenszentrum Braunschweig](#), [Ohne Rüstung Leben](#), der [DFG-VK-Bundesverband](#), [Pax Christi Deutschland](#), [terre des hommes Deutschland](#) und folgende DAKS-Organisationen:

- ▶ attac-Ortsgruppen
- ▶ Friedensinitiative Nottuln
- ▶ IPPNW Stuttgart
- ▶ Netzwerk Afrika Deutschland, Bonn
- ▶ pax christi – Bistumsstelle Rottenburg/Stuttgart
- ▶ ... sowie weitere Gruppen aus dem Friedensbewegungs-, kirchlichen und entwicklungspolitischen Zusammenhang.



Friedenszentrum
Braunschweig

